

**Rede vor der streitkräftegemeinsamen Tagung mit Reserveoffizieren
der Verwendungsebene Oberst/Kapitän zur See/Oberstarzt,
18. Juni 2010, Halle an der Saale**

Sehr geehrter Herr Präsident Höfer, lieber Oberst Kirsch, liebe Reservisten, meine Damen und Herren,

eigentlich darf ich Ihnen heute nichts erzählen über meine Arbeit im Verteidigungsausschuss des Bundestages. Der tagt nämlich geheim – also offiziell jedenfalls. Jeder, der ein Handy hat – und jeder Bundestagsabgeordnete hat eins, mindestens eins! –, muss sein Telefon vor dem Sitzungssaal ausschalten – also offiziell jedenfalls. In Wahrheit ist es so, dass manches, was wir in der Sitzung gerade erst diskutiert und beschlossen haben, schon bei „Spiegel Online“ steht.

Ich denke also: Ein bisschen Geheimnisverrat werde ich heute begehen dürfen, wir sind ja unter uns.

I

(Verteidigungsausschuss historisch)

Seit 1956 gibt es den Verteidigungsausschuss. Die Bundeswehr war gerade gegründet worden, die Welt steckte im Kalten Krieg. Die Diskussion über die Wiederbewaffnung nach dem Zweiten Weltkrieg war ja eine der ersten großen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre. Ich sage das nur zur historischen Auffrischung, weil ich – wenn ich mich umschaue – davon ausgehe, dass keiner von uns persönliche Erinnerungen an diese Zeit hat. Franz Josef Strauß sagte – und traf damit die Stimmung der Zeit –: „Wer noch einmal eine Waffe in die Hand nimmt, dem soll die Hand abfallen.“ Dass ausgerechnet Strauß später Verteidigungsminister wurde, ist natürlich eine der Seltsamkeiten, die in der Politik nicht so selten sind.

Gegen den Widerstand von Kurt Schumacher und der SPD setzte Konrad Adenauer auf eine eigene Armee, um die Souveränität zu erreichen. Natürlich brauchte die Bundeswehr eine parlamentarische Kontrolle – sie sollte schließlich der Gegenentwurf zur Reichswehr sein, diesem Staat im Staate der Weimarer Republik. Und so ist eine der wichtigsten Aufgaben des Verteidigungsausschusses bis heute: die

Kontrolle der Streitkräfte und der Regierung, hier vor allem des Verteidigungsministeriums. Die zweite große Aufgabe ist die Mitwirkung an Gesetzen.

Heute wissen wir, dass Adenauer damals sehr weise gehandelt hat. Und dass die Soldaten (und seit einigen Jahren auch die Soldatinnen!) Stützen unserer Demokratie sind, bestreitet ernsthaft niemand. Wir haben die Innere Führung, sie bindet den Dienst in den Streitkräften an das Grundgesetz.

Das Grundgesetz schreibt in Artikel 45a Absatz 1 übrigens vor, dass in jeder Legislaturperiode ein Verteidigungsausschuss gebildet werden muss. Dies gilt sonst nur noch für drei andere Bundestagsausschüsse: den Auswärtigen, den Europa- und den Petitionsausschuss. Auf den Rest könnten wir – theoretisch – also verzichten. Und da heißt es immer, der Haushaltsausschuss sei der wichtigste, weil mächtigste...

II

(Verteidigungsausschuss heute)

Und wer spielt nun mit in diesem Verteidigungsausschuss in dieser Legislaturperiode? Die Union stellt 13 Mitglieder, die SPD-Fraktion acht und die FDP fünf. Linke und Grünen haben je vier Abgeordnete in diesem Gremium – macht insgesamt 34 Abgeordnete. Jeder Ausschuss wird so zusammengestellt, dass er die Verhältnisse im Bundestag spiegelt – die CDU/CSU haben also in jedem Ausschuss mehr Sitze als die SPD.

Der Wahlsieg von CDU und CSU – in Klammern: der Absturz der SPD am 27. September 2009 – hat den Ausschuss ziemlich durchgemischt: 24 der 34 Mitglieder sind neu. Die alte Vorsitzende Ulrike Mertens von der SPD hat es gar nicht mehr in den Bundestag geschafft. Ausschussvorsitzende ist jetzt die Sozialdemokratin Susanne Kastner, zuletzt sieben Jahre lang Bundestagsvizepräsidentin.

Nun kontrolliert der Verteidigungsausschuss nicht nur die Bundeswehr, sondern auch das Verteidigungsministerium. So muss Karl-Theodor zu Guttenberg das, was er anschaffen will, dem Ausschuss zur Beratung vorlegen – wenn es erstens von besonderer sicherheits- und militärpolitischer Bedeutung ist oder zweitens mehr

als 25 Millionen Euro kostet. Und selbst wenn diese Anschaffungen im Haushalt eingeplant sind, fließt das Geld nur, wenn wir zugestimmt haben.

III

(Meine Aufgabe im Verteidigungsausschuss: Sanitätsdienst, PTBS)

Im Verteidigungsausschuss bin ich Berichterstatterin meiner Fraktion für den Sanitätsdienst der Bundeswehr. Das ist meine wichtigste Aufgabe. Es kommt zum Beispiel ein Regierungsbericht, der häufig von der Opposition angefordert wird – Stichwort: Kontrolle.

Solch ein Bericht, etwa über Posttraumatische Belastungsstörungen bei Soldaten, ist bisweilen sehr allgemein gehalten, weil er nicht zu lang sein darf – oder durch fünf Hände gegangen und zimal geprüft worden ist. Den Rest an Informationen, den ich brauche, sammeln meine Mitarbeiter in Absprache mit mir. Und natürlich kündige ich auch meiner Arbeitsgruppe vorher an, was ich im Ausschuss über dieses Thema berichten werde. Und mit mir tragen dann auch die Berichterstatter der anderen Fraktionen vor.

Solche Diskussionen sind die Grundlage für spätere Entscheidungen im Ausschuss und dann verbindlich im Parlament. Es ist wichtig, kontinuierlich am Ball zu bleiben, weil durch die aktuellen Entwicklungen in Afghanistan mein Berichtsbereich leider zunehmend an Brisanz gewinnt – und weil hinter jedem Fall ein Schicksal hängt.

Ich bin viel unterwegs, weil ich denke, dass man sich in jedes Thema zwar am Schreibtisch einarbeiten kann, aber die Gespräche mit Betroffenen, mit Ärzten und Militärs, die in diesem Bereich arbeiten, durch nichts zu ersetzen sind. Man könnte also sagen: Im Augenblick bin ich ziemlich oft beim Arzt – oder gleich bei mehreren Ärzten auf einmal. Ich kenne mittlerweile die Bundeswehrkrankenhäuser in Hamburg, Koblenz und Berlin, ich spreche mit Fachleuten und höre mir Vorträge an.

Ein Thema, das ich für außerordentlich wichtig halte, ist der Ärztemangel. In den Bundeswehrkrankenhäusern sind viel zu viele Stellen unbesetzt – oft fast jede dritte. Es fehlen auch Spezialisten für

Kopf- oder für Augenverletzungen, die im Einsatz nicht selten sind. Und es fehlen natürlich auch Ärzte, die bereit sind, selbst nach Afghanistan zu gehen.

Und natürlich frage ich mich, warum Ärzte fehlen. Ich sehe drei Gründe:

1. Es fehlt an Planungssicherheit. Auch ein Bundeswehr-Arzt, der in den Auslandseinsatz muss, will wissen, wo er die nächsten fünf Jahre arbeitet und mit seiner Familie lebt.
2. Die Bundeswehr als Arbeitgeber verliert beim Kampf um Bewerber oft gegen zivile Kliniken. Warum? Geld spielt sicher eine Rolle, aber nicht die wichtigste. Die Bürokratie und unklare Kompetenzen sind für die Bewerber ein Ärgernis. Es dauert oft ein halbes Jahr, bis der Arzt, der eingestellt werden soll, tatsächlich eingestellt wird. Wer hat soviel Geduld?
3. Wir müssen den Ärzten auch die Angst vor einem Auslandseinsatz nehmen. Unter den vier Toten am 15. April südlich von Kundus war ja auch ein Arzt – das nehmen natürlich die Kollegen wahr. Aber wer als Mediziner für die Bundeswehr ausgebildet wird, muss wissen, dass er auch für den Einsatz ausgebildet wird – weil die Bundeswehr nun mal eine Einsatzarmee ist. Alles andere wäre Augenwischerei und hilft keinem. Man muss den Ärzten schon im Studium sagen: „Du wirst im Laufe deines beruflichen Lebens andere Belastungen haben als der Kollege in einem Kreiskrankenhaus. Du wirst vielleicht selbst in Gefahr sein, und du musst Leben retten, wenn’s um dich herum knallt.“

Diese drei Probleme sind seit Jahren bekannt. Es wird aber Zeit, dass wir nun die Mängel beheben. Ich weiß aus Gesprächen mit unserem Verteidigungsminister, dass er dieses Thema sehr ernst nimmt. Und er weiß natürlich auch: Wer Soldaten nach Afghanistan schickt, muss ihnen die bestmögliche ärztliche Betreuung garantieren. Und das gilt auch für die Zeit nach dem Einsatz.

Wir müssen uns klar werden, dass PTBS – Posttraumatische Belastungsstörung – ein echtes Problem ist. Viele Soldaten kehren seelisch verwundet heim. Mehr als 460 Kameraden wurden allein im

vergangenen Jahr an PTBS behandelt – doppelt so viele wie 2008. In Wahrheit werden es noch mehr sein, denn längst nicht alle haben den Mut, sich zur Krankheit zu bekennen. Die Dunkelziffer ist hoch.

Wir müssen die seelischen Wunden genauso ernst nehmen wie die körperlichen. Und wir alle müssen lernen, dass vor allem Soldaten in Afghanistan Erlebnisse haben, die sie allein nicht verarbeiten können. Sie brauchen unsere Anteilnahme und professionelle Betreuung. Das bedeutet: Prävention, Diagnostik und Therapie. Unser Ziel ist der Aufbau eines Trauma-Zentrums in Berlin mit Behandlung und Forschung, ergänzt um eine Art Reha-Zentrum.

Die Prävention erscheint mir besonders wichtig. Wir müssen bereits im Vorfeld des Einsatzes erkennen, welcher Kamerad besser zu Hause bleibt oder besonders gefährdet ist, weil er vielleicht sensibler reagiert als andere.

Und im Camp muss die Truppe psychologisch besser betreut werden. Wer erlebt hat, dass ein Kamerad verwundet oder getötet wurde, der muss vor Ort Hilfe finden, der muss sich sofort aussprechen können. Der darf nicht allein sein mit seiner Angst und seiner Ohnmacht, möglicherweise auch mit seinen Schuldgefühlen. Die Kameradschaft muss sich auch in diesen schweren Stunden zeigen. Wir haben ja Psychologen und Militärfarrer in Kundus oder in Mazar-e-Sharif – aber es müssten mehr sein. Sonst sind sie nur ein Alibi.

Anders werden wir es nicht erreichen, dass die PTBS-Patienten so schnell wie möglich wieder integriert werden – in ihre Familien genauso wie in ihre gewählte Heimat, der Bundeswehr. Wir brauchen leistungsstarke Soldaten. Fachleute sagen, es dauere oft zu lange, bis Soldaten selbst erkennen, dass sie unter PTBS leiden, und Hilfe suchen. Deshalb müssen auch die Vorgesetzten sensibilisiert werden, seelische Probleme bei ihren Untergebenen zu entdecken.

Noch werden nicht alle Traumatisierten entdeckt, und das hat Gründe. So hat die Bundeswehr einen Fragebogen, den Soldaten nach dem Auslandseinsatz ausfüllen sollen. Der offizielle Name des Blattes (denn mehr ist es nicht): „Skala zur Erfassung von Reaktionen nach Belastungen“. Der Soldat soll zehn Fragen beantworten, indem er mit Zahlen ausdrückt, welche Probleme ihn wie betreffen – von eins („andeutungsweise“) bis sechs („immer“).

Gefragt wird also nach Schlafproblemen, nach Alpträumen vom Einsatz, nach Depressionen, Schreckhaftigkeit, Gereiztheit, Stimmungsschwankungen, Selbstvorwürfen, Schuldgefühlen, Muskelverspannungen und so weiter. So wahnsinnig konkret und bezogen auf den Einsatz ist das alles nicht, oder? Man könnte solch einen Fragebogen auch einem Unfallverursacher vorlegen oder der Frau am Schalter der Sparkasse nach einem Banküberfall. Nach einer Parlamentswoche in Berlin mit starken Turbulenzen, mit Sitzungen bis tief in die Nacht und einer Opposition wäre ich nach dem Ausfüllen des Fragebogens wahrscheinlich auch PTBS-verdächtig...

Dass Reservisten und Militärfarrer mit seelischen Problemen von diesem PTBS-Fragebogen nicht erfasst werden, ärgert mich riesig, zumal wir wissen, dass die Betroffenen ihre Traumatisierung manchmal erst nach Jahren erkennen oder sich eingestehen.

Natürlich haben wir die Familienbetreuungscentren oder Soldatenheime, die sehr wichtige Arbeit leisten. Ich gehöre dem Bundesvorstand der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung an und will diese Einrichtungen nicht kleinreden. Aber natürlich können sie keine professionelle psychologische Betreuung für traumatisierte Soldaten anbieten.

IV

(Sparen im Verteidigungsbudget)

Eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre wird das Sparen sein. Insgesamt muss der Bund wegen der Schuldenbremse im Grundgesetz bis 2014 insgesamt 80 Milliarden Euro sparen. Das Sparpaket liegt ja seit Anfang Juni vor, und der Aufschrei ist – wenig überraschend – nicht gerade leise. Und doch: Wir können nicht anders. Wir erleben eine Krise der Staatsfinanzen und müssen verhindern, dass daraus eine Staatskrise wird. Nur ein Staat, der finanziell stark ist und öffentliche Aufgaben bezahlen kann, genießt auch Vertrauen.

Dass der Verteidigungshaushalt nicht geschont werden kann, ist eine Selbstverständlichkeit in meinen Augen. Mit 30 Milliarden Euro ist der „Einzelplan 14“ der zweitgrößte Posten im Etat. Aber wir dürfen die Streitkräfte und unsere Sicherheit keinesfalls kaputt sparen.

Sicherheit ist nicht verhandelbar. Guttenberg hatte sich ja bereits sehr früh – sogar als Erster – zum Sparen bekannt. Manche, Politiker genauso wie Journalisten, hielten das für einen Fehler – für einen Anfängerfehler. Es hieß, Guttenberg verhandele bei den Beratungen des Kabinetts aus einer schwachen Position und könne mit den Kollegen nicht mehr pokern.

Nun: Wir reden nicht über dreifuffzig, die in der Vereinskasse der Kegelfreunde Anzing fehlen – und wer die freiwillig reinlegt, muss ein Bier weniger trinken als seine Kameraden. Wir wissen (oder ahnen zumindest), was es bedeutet, im nächsten Jahr 11,2 Milliarden Euro zu streichen – da ist nicht viel mit Pokern. Und es geht ja 2012, 2013 und 2014 weiter, erst 17,1 Milliarden, dann 23,7, schließlich 27,6. Da wäre es verantwortungslos, so eine Art Ministermikado zu spielen: Wer sich zuerst bewegt, verliert. Sinnvolles Einsparen ist hier das Gebot der Stunde. Es darf deshalb eben nicht die Sicherheit der Soldaten im Einsatz leiden, die ihr Leben und ihre Gesundheit für unsere Sicherheit riskieren.

Bis 2013 wird die Bundeswehr – wie es augenblicklich aussieht – von Einschnitten verschont bleiben. Aber danach müssen vier Milliarden Euro eingespart werden – über Personalabbau und in der Beschaffung. Und Verteidigungsminister Guttenberg soll prüfen, was 40.000 weniger Berufs- und Zeitsoldaten für die Bundeswehr und für die Sicherheit Deutschlands bedeuten würden. Er hat ja bereits einige Male, zuletzt vor der Führungsakademie der Bundeswehr, sehr laut gedacht – und damit den einen oder anderen ganz tüchtig erschreckt. Selbst mir steckt der Schreck noch tief in den Knochen – und das will etwas heißen...

Nun haben Sie wahrscheinlich auch mitbekommen, dass die Diskussionen in der Koalition augenblicklich besonders „leidenschaftlich“ sind. Ich möchte da niemanden von Schuld freisprechen, ich bitte Sie nur: Bedenken Sie, dass da drei Parteien gerade um das größte Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik ringen. Und wenn Sie sich vorstellen, was bei Ihnen zu Hause los wäre, wenn die Familie plötzlich feststellt: Wir können uns manches, was uns über die Jahre lieb und teuer war, nicht mehr leisten: der Mann den neuen Laptop, die Frau das Fitnessstudio, der Sohn die Dauerkarte fürs Fußballstadion und die Tochter den

Klavierunterricht – und alle zusammen den Sommerurlaub. Ich wette, da gibt es auch einige Verteilungskämpfe unterm Dach.

Ich räume aber ein, dass es bei Ihnen vielleicht etwas manierlicher zuginge.

Meine Damen und Herren, wir werden sehen, welche Vorschläge die Strukturkommission um Frank-Jürgen Weise bis September vorlegt. Natürlich wird auch geprüft, ob kleinere Kasernen geschlossen werden. Niemand tut das gern, wir alle wissen, wie wichtig Bundeswehrstandorte für die regionale Wirtschaft sind. Die Bundeswehr ist mehr als ein Wirtschaftsförderer, vor allem des Mittelstands, mehr als Arbeit- und Auftraggeber. Ich nehme Sie mal schnell in meine Heimat Mecklenburg-Vorpommern mit, wenn Sie erlauben. Aktuell haben wir im ganzen Land 14.800 militärische und zivile Dienstposten, wie das im Bundeswehrdeutsch so schön heißt. 14.800: So viele Mitglieder haben CDU und die beiden anderen größeren Parteien bei uns im Land – zusammen! 14.800: Das ist zweieinhalbmal meine Geburtsstadt Lübz. Und die Kameraden sind ja nicht nur Kunden, die Umsatz bringen, sondern auch Mitglieder der Dorfgemeinschaft. Und sie werden fehlen. Ich habe das als Landtagsabgeordnete hautnah bei der Schließung der Moltke-Kaserne des Panzerartilleriebataillons 405 der Bundeswehr in Dabel Ende 2006 erlebt. Das war ein Schock für uns alle, für die Bürger, die Unternehmer, die Politiker. Wir hatten alles versucht und sogar Briefe an den damaligen Verteidigungsminister Peter Struck geschrieben. Es half nichts. Und wir waren die ersten mit der Panzerhaubitze 2000.

Und heute? Das Wohngebiet neben der Kaserne, in der hunderte Soldaten untergebracht waren, ist abgerissen. Aber: Ein Investor aus Hamburg hat die komplette Kaserne gekauft und ein Werk zur Konservierung einheimischer Holzarten errichtet. Im alten Fahrzeugpark werden Kiefern Bretter so widerstandsfähig gemacht wie Tropenholz. Der Investor sagt: „Wir haben eine fast komplette Infrastruktur vorgefunden, Straße, Halle, das passt für uns.“ 50 Arbeitsplätze hat er schon geschaffen, und er ist optimistisch, dass ein Gewerbepark entsteht und er dann die restlichen Flächen verpachtet.

Andere Kasernen in Mecklenburg-Vorpommern stecken auch Jahre nach der Schließung im Schönheitsschlaf. Allen, die mit

Verteidigungspolitik zu tun haben, ist aber klar, dass die Schließung von Kasernen zunächst eher Geld kostet, weil anderswo ausgebaut werden muss. Und die 900 Soldaten, die eine Kaserne mindestens haben soll, um erhalten zu bleiben, sind ein Richtwert. Das sage ich ausdrücklich allen, die schon mit dem Taschenrechner die künftige Struktur der Standorte planen. Ganz so einfach wird es nicht gehen.

V

(Abschaffung der Wehrpflicht?)

Nicht der, der Reformen wagt und spart, wo es nötig und möglich ist, riskiert die Sicherheit der Soldaten, sondern der, der sich den Reformen verweigert. Wer vor den finanziellen Problemen unseres Landes die Augen verschließt, riskiert, dass die Schulden bald so gewaltig sind, dass die Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung auf ein Minimum schrumpfen müssen. Und man kann diese Pflicht zu sparen auch positiv und ehrgeizig sehen, als große Herausforderung. Denn: Politik, die genug Geld hat, die kann jeder machen.

Interessant wird Politik eigentlich ja erst, wenn Geld knapp ist, dann zeigt sich die wahre Stärke.

Die Wehrpflicht – sie ist ein Pfeiler unserer Demokratie; wir sollten genau prüfen, ob wir sie aufgeben oder aussetzen wollen, weil es der Haushalt gerade verlangt. Und wer sie abschaffen will, muss sagen, wie die Bundeswehr in Zukunft ihren Nachwuchs rekrutiert; die Hälfte findet nämlich über die Wehrpflicht auf Dauer zur Truppe. Und die 38.000 Frauen und Männer, die freiwillig Wehrdienst leisten, die würden uns natürlich auch für die Auslandseinsätze fehlen. Wir müssten also genau schauen, wie wir sicherstellen, dass junge Leute ohne Wehrpflicht weiter zur Bundeswehr finden.

Da braucht die Bundeswehr eine Art Personalgewinnungsprogramm, das mehr umfasst als das Versprechen, vernünftige Löhne zu zahlen. Da muss zum Beispiel auch an die Betreuung der Kinder gedacht werden. Und wir dürfen, wenn wir Konzepte entwickeln, nicht Sie vergessen.

Jeder zehnte Soldat im Einsatz ist ein Reservist. Ohne Ihr Engagement würde die Truppe im Auslandseinsatz nicht handlungsfähig sein. Sie

bringen – auch aus Ihrem beruflichen Alltag – wertvolle Fähigkeiten mit.

Die Bundeswehr wird ganz besonders als Berufsarmee mit Wirtschaftsunternehmen und Universitäten um Nachwuchs konkurrieren. Einfach wird das nicht. Nur: Über Strukturen kann und muss man diskutieren. Warum sollte es unmöglich sein, zugleich Kosten zu sparen und effizienter zu werden?

Und was wird nun aus der Wehrpflicht? Ich bin nicht hier, um Ihnen Sand in die Augen zu streuen. Sie lesen ja auch Zeitung. Ich als Anhängerin der Wehrpflicht sage Ihnen aber nur: Es wird darüber in meiner Fraktion, und natürlich vor allem unter den Verteidigungspolitikern, ganz intensiv gestritten. Es gibt ja durchaus manches, das objektiv für das Ende der Wehrpflicht spricht. Wenn wir uns zum Beispiel dazu bekennen, dass wir eine Einsatzarmee haben, dann kann man fragen, ob Rekruten, die immer aufs Neue ausgebildet werden müssen und Stammkräfte binden, noch in die Zeit passen.

Es gibt bei diesem schwierigen Thema keine leichten Antworten. Und ich finde, Schnellschüsse oder Alleingänge verbieten sich bei einer Entscheidung, die einen solchen Eingriff in die Bundeswehr mit sich brächte. Gleichwohl ist es richtig, dass in Deutschland so intensiv wie ein halbes Jahrhundert nicht mehr diskutiert wird, wie die Bundeswehr organisiert sein soll. Über Denkverbote freuen sich ja nur die Dummen.

VI

(Untersuchungsausschuss)

Die Beratung des Verteidigungsausschusses am Mittwochmorgen dauert gerne mal vier, fünf Stunden – und vergessen Sie nicht, dass jede Fraktion noch am Dienstag die Arbeitsgruppe tagen lässt, um sich vorzubereiten. So haben wir scheinbar nicht genug zu tun und haben seit Dezember 2009 auch noch den Untersuchungsausschuss, der jeden Donnerstagsmittag beginnt und nicht selten bis 22 oder 23 Uhr tagt.

Er soll vor allem den Luftangriff auf zwei von Taliban entführte Tanklastwagen am 4. September 2009 sowie die Aufklärungs- und

Informationspraxis der Bundesregierung untersuchen. Jeder Untersuchungsausschuss ist auch ein Kampfinstrument zwischen Regierung und Opposition, das war immer so, das wird immer so sein. Und da ist der Kundus-Untersuchungsausschuss keine Ausnahme.

Wir streiten darüber, wer überhaupt angehört wird, wer wann angehört wird und wer wie angehört wird – ob in öffentlicher oder nichtöffentlicher Sitzung. Der Auftrag an uns, bestmöglich aufzuklären, ist aus meiner Sicht erfüllt. Ich erwarte keine neuen Erkenntnisse, ganz gleich, wer noch befragt oder angehört wird. Es liegt mir natürlich vollkommen fern, der Opposition böse Absichten zu unterstellen – aber es sieht manchmal schon so aus, als habe sie nur noch ein Ziel: Persönlichkeiten zu beschädigen.

„Die Zeit“ schrieb Anfang April ein bisschen bissig: „...die Fachpolitiker ziehen als Ermittler an einem Strang – nur leider in verschiedene Richtungen.“ Ja, wir greifen auch zu Tricks: CDU/CSU haben zum Beispiel Siegfried Kauder in den Untersuchungsausschuss geschickt – als Aufpasser und Spitzenjurist. Er geht dazwischen, wenn ein Abgeordneter nicht nach Fakten fragt, sondern nach Einschätzungen, und er passt auch auf, dass niemand aus Quellen zitiert, die als geheim eingestuft sind. Wenn Kauder eine Chance sieht, die Angriffe der Opposition zu bremsen, reckt er seine beiden Arme mit ausgestreckten Fingern in die Luft. Dann ertönt die Stimme der Ausschussvorsitzenden Kastner von der SPD: „Der Abgeordnete Kauder hat einen Hinweis zur Geschäftsordnung...“ Der Fragesteller muss warten. Und dann spricht Kauder, er berichtet, bremst. Er selbst sagt über sich und seine Rolle: „Ich bin hier der Wadenbeißer.“

Übrigens kann auch ein Dokument offiziell als geheim gelten, wenn der „Spiegel“ es schon ausführlich zitiert hat. Das sorgt dann mitunter für Heiterkeit in der Sitzung. Aber bevor Sie jetzt Mitleid mit der Opposition haben, lassen Sie sich sagen: Auch die wirft nicht Wattebäuschen. Der Verteidigungsminister wurde bisweilen in einem Ton befragt, wie ihn selbst Schwerverbrecher nicht hören müssen.

Was man allerdings Oberst Klein und seiner Familie und Red Baron damit angetan hat....Wir brauchen eine eigene Gerichtsbarkeit, damit Sie sicher sind, während Sie Gesundheit und Leben für uns einsetzen.

(Reservisten)

Liebe Reservisten, ich habe nicht gedient, und meine erste Wehrübung werde ich erst im Sommer 2011 machen; aber so ganz wehruntüchtig bin ich nicht; als Kind der DDR habe ich natürlich in der Schule den Lehrgang für Zivilverteidigung mitgemacht. Wir mussten marschieren, schießen, robben und mit Schwung über die Eskaladierwand. Unser Lager war im Ostseebad Prerow, was sehr idyllisch und harmlos klingt. In Wahrheit war es knüppelhart. Auf einer Holzschulbank stand geschrieben: „Lieber Sklave bei Nero als die Sturmbahn in Prerow.“ Ich kann mir also ausmalen, was Sie in ihrem Leben bislang geleistet haben und bei Ihren Übungen heute noch leisten müssen.

Nun dürfen wir bei allem, was Auslandseinsätze für die Truppe mit sich bringen, die Reservisten nicht vergessen. Sie sind eben kein Anhängsel der Truppe. Ich selbst habe ja bei meinen zwei Besuchen in Afghanistan auch Reservisten getroffen. Und in Afghanistan unterscheidet kein Aufständischer zwischen Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit und Reservisten. Reservisten sind wichtige Begleiter und Stützen dieses Einsatzes – bloß wird das oft übersehen. Für sie ist der Einsatz in Mazar-e-Sharif, Kundus, Kabul oder Fayzabad nicht weniger riskant.

Und Reservisten übernehmen zudem in der Heimat Aufgaben von Soldaten, die im Einsatz sind. Ich erinnere an die zivil-militärische Zusammenarbeit, an den Katastrophenschutz, an tagelanges Ringen gegen die Flut von Elbe und Oder. Und natürlich sind Sie immer auch Ansprechpartner für zivile Behörden – und für viele Bürger, Nachbarn und Arbeitskollegen, ein Gesicht der Bundeswehr, ein sympathisches, wie ich annehme. Und mit 123.000 Mitgliedern ist Ihr Verband ja auch eine recht robuste Truppe, wenn ich das so sagen darf.

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht wird Ihr Dienst wichtiger werden. Denn es wird Verstärkung brauchen, um vor allem die Aufgaben in der Heimat zu erfüllen. Und ich wünsche Ihnen und uns natürlich, dass die Politik, die Regierung und die Bundeswehr erkennen, welche Rolle Sie zukünftig spielen könnten – etwa bei der Ausbildung in Kasernen. Nicht Schießübungen sollen Sie leiten, auch wenn Sie das sicher könnten, nein, Sie könnten aber Ihre Erfahrung und Ihr Wissen

weitergeben. Wer kennt sich besser aus in der Wehrdisziplinar-
Ordnung als Reservisten? Wer könnte glaubwürdiger vor Schülern für
die Bundeswehr sprechen als jemand, der sie zwar sehr gut kennt,
aber trotzdem genug Abstand hat, um manches Problem zu sehen
und offen anzusprechen?

Aber dann müssen wir Ihnen auch helfen, keine Frage. Ihre berufliche
Existenz darf nicht leiden, wir müssen dafür kämpfen, dass Ihr Einsatz
als Reservist in der Gesellschaft und natürlich vom Chef mehr
gewürdigt wird als bislang.

Nur wenn das Reservistendasein attraktiv ist, eine Freude und keine
Belastung, nur dann wird es gelingen, auch Nachwuchs zu rekrutieren.
Vor mir sitzen – und eine Frau hat dafür ein Auge! – nicht nur sehr
attraktive, sondern auch sehr sportliche Männer.

Und das Thema „Regierung beschließt ewige Jugend für Reservisten“
hat es leider noch nicht auf die Tagesordnung des
Verteidigungsausschusses geschafft. Aber wenn es so weit sein sollte,
fielen dieser Tagesordnungspunkt in meine Berichterstattung und wäre
deshalb in guten Händen.

So, ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, und denken Sie daran:
Sie sind jetzt Geheimnisträger!